

FRAGESTUNDE

1) Stadtmarketing

GRin. Mag. **Bauer** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

Mag. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Der Wunsch nach einem breiten Stadtmarketing für Graz steht schon seit längerem im Raum - mit der Zielsetzung, Ressourcen zu bündeln und eine einheitliche starke Präsentation der Stadt zu erwirken.

Nunmehr haben Sie vor einigen Wochen auf entsprechende Forderungen reagiert und angekündigt, einzelne branchenbezogene Marketingmaßnahmen zu beenden und diese durch ein schlagkräftiges Stadtmarketing zu ersetzen.

Allerdings: Auf diese Ankündigung hin hat sich zum Teil bereits der Widerstand geregt - von der Wirtschaftskammer bis hin zu TourismusvertreterInnen wird dieses angekündigte Vorhaben abgelehnt. Was natürlich wiederum zu Verunsicherungen führt: Laufen die Planungen für dieses Stadtmarketing? Wenn ja, wer wurde bzw. wird dazu einbezogen? Oder ist das Vorhaben aufgrund der Widerstände bereits wieder beendet worden?

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich die

Frage,

bis wann dem Gemeinderat das angekündigte Konzept "Stadtmarketing" zur weiteren Diskussion vorgelegt wird?

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, GRin. Mag. Bauer, Stadtrat Eisel-Eiselsberg, GR. Schmalhardt und Stadtrat Riedler nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung)

2) Gemeindewohnungen auf Kasernengrund

GR. **Schmalhardt** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, ich richte an Sie namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie ist der Stand der Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung beziehungsweise mit der von ihm beauftragten Immobiliengesellschaft über den Ankauf von Kasernengrundstücken in Graz zum Zweck des kommunalen Wohnbaus?

Aufgrund eines technischen Gebrechens konnten die Wortmeldungen von Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, GRin. Mag. Bauer, Stadtrat Eisel-Eiselsberg, GR. Schmalhardt und Stadtrat Riedler nicht protokolliert werden (Anmerkung der Schriftleitung)

3) Planungen ECE-Stadtgalerie

GRin. **Binder** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, was ist seit den letzten Gemeinderatsbeschlüssen zur Änderung des STEK und des FLÄWI in Bezug auf die Planungen, insbesondere die Verkehrsplanungen, rund um das propagierte Einkaufszentrum der ECE in der Annenstraße geschehen?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**. Eines ist klar, auf Grund von Glanzpapierbroschüren haben wir noch nie geplant, das tun wir auch diesmal nicht. Was ist passiert?

Zunächst ist ja die Änderung des Flächenwidmungsplanes und des Stadtentwicklungskonzeptes zum Projekt ECE-Leiner Stadtgalerie Graz im Jänner 2007 beim Land Steiermark eingereicht worden. Die Bearbeitungsfrist des Landes beträgt maximal sechs Monate, es gibt auch zwei Einsprüche, wie dir zumindestens in einem Fall bekannt sein dürfte und laut unseren internen Informationen wird sich der Arbeitsausschuss zum Raumordnungsbeirat, das ist der sogenannte AROB, voraussichtlich im Mai 2007 mit der Behandlung befassen. In der Folge ist dann ein Beschluss der Landesregierung erforderlich, das heißt, nach diesem Zeitplan könnte aber, wie gesagt, beim Land Anfang Juli das Stadtentwicklungskonzept und Flächenwidmungsplanänderung Wirklichkeit werden und auch rechtsgültig werden. Wir haben in der Verkehrsplanung sehr viel gemacht, wir waren sehr tätig, wir haben nochmals alle Alternativen, die anstehen, bearbeitet, analysiert, es sind Alternativen, die zum Teil die Kreuzungen entlasten und damit aber auch andere Straßen belasten neben dem Bahnhofsgürtel, wir haben diese Analysen auch mit entsprechenden Ampelschaltungen durchkalkuliert, wir haben dazu auch nochmals ein externes Büro zur Hilfe genommen und das Ergebnis aus diesen detaillierten Überlegungen ist relativ klar, die vorgeschlagene Variante, die wir hatten, ist wahrscheinlich mit Abstand die beste und sie würde nach allen Überlegungen und nach allen Modellrechnungen, die man ansehen kann und anwenden kann über einen mittelfristigen Rahmen hinaus, jedenfalls bis 2015, die Leistungsfähigkeit der Kreuzungen und der Straßen garantieren. Gleichzeitig gibt es eine parallele Frage, die sehr intensiv behandelt wird, und zwar wenn das Land Steiermark seine erste Stufe zum S-Bahn-Konzept umsetzt, wofür es allerdings derzeit keine Finanzierung gibt und auch keine Finanzierungsbeschlüsse, dann müssen wir die Leistungsfähigkeit der Straßenbahn erhöhen und diese Erhöhung der Leistungsfähigkeit ist nach derzeitigem Stand nur mit einer Unterführung der Straßenbahn unter den Eggenberger Gürtel möglich. Diese Frage hängt inhaltlich nicht unmittelbar mit ECE-Leiner zusammen, aber sie trifft uns parallel, das heißt, wir müssen hier tatsächlich auf zwei Schienen fahren, das tun wir auch, wir sind in sehr engem Kontakt mit der ÖBB und dem Land bezüglich des allfälligen Umbaus des Nahverkehrsbahnhofes, also des Vorplatzes und der Unterführung Annenstraße. Diese Frage ist eben deshalb offen und kann auch im Moment nicht geklärt werden, weil hier einfach Entscheidungen noch offen sind, die auch gar nicht von der Stadt kommen. Bezüglich ECE-Leiner kann ich nur nochmals sagen, ist von Seiten der

Verkehrsplanung ein klares Ergebnis da, wir werden dieses Ergebnis auch aufbereiten und zusammen mit einem Paket dann ECE-Leiner vorlegen, es wird danach auch politische Verhandlungen geben müssen und sobald das erfolgt ist, kann der Bebauungsplan aus unserer Sicht jedenfalls in die politische Diskussion für die Beschlussfassung eingebracht werden, das ist möglicherweise im Mai, jedenfalls im Juni.

GRin. **Binder**: Könntest du dir vorstellen, dass du diesen Plan nicht nur ECE-Leiner vorstellst, sondern auch dem Ausschuss?

Dr. **Rüsch**: Das könnte ich mir nicht nur vorstellen, sondern wir haben das ja bereits gemacht, wie du weißt und ich denke, du warst auch dabei und sobald hier weitergehende Entscheidungen intern, also Planungsentscheidungen, gefallen sind, werden wir den selbstverständlich dem Ausschuss vorstellen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, wir haben ihm von dieser Stelle aus so manches Mal in der letzten Zeit Kraft und Genesung gewünscht, ich freue mich, ich habe es vergessen, weil er am Vormittag schon dabei war bei der Ernennung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz, ich freue mich, dass du wieder in unserem Kreise bist, dass du da einiges überstanden hast, haben alle mitbekommen, lieber Hermann Spielberger, schön, dass du da bist (*allgemeiner Applaus*)

4) Bushaltestelle BG West

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Seit einiger Zeit gibt es in Graz zwei Bezirksgerichte. Das bisherige in der Radetzkystraße gelegene Bezirksgericht Ost und das neue BG West am Grieskai.

Sowohl von der Richterschaft und den im Gericht bediensteten Personen als auch von Anwälten und nicht zuletzt auch von all jenen Grazerinnen und Grazern, die zur Zeit das BG West aufsuchen müssen, wird oft kritisch angemerkt, dass zurzeit keine direkte Busverbindung zu diesem stark frequentierten Gebäude besteht.

Es wäre schön, wenn eine Buslinie, vielleicht sogar mit einer Haltestelle im unmittelbaren Bereich, die auch Besuchern des Augartens dienen würde, der ja über den ebendort verlaufenden Steg über die Mur zu erreichen ist, eingerichtet werden könnte.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

A n f r a g e

Denken Sie daran, eine Bushaltestelle 'BG West' einzurichten?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ja, Herr Kollege Korschelt, Ihr Versprecher war nicht ganz falsch, denn es geht ja tatsächlich nicht nur um eine Haltestelle, sondern es geht um eine Buslinie. Ich darf Ihnen die Stellungnahme der Abteilung für Verkehrsplanung ganz kurz wiedergeben, die auch dem Bezirksgericht Graz West bekannt gegeben wurde, und zwar die dem neuen Gerichtsgebäude nächstgelegene Haltestelle Karlauerkirche befindet sich fußläufig in einem Abstand von rund 230 Metern. Die Erschließung erfolgt durch die Buslinie 39, die fährt vom Urnenfriedhof zum Jakominiplatz und zur Uni und die Linie 67 fährt vom Zentralfriedhof, Griesplatz, Andreas-Hofer-Platz zur Zanklstraße. Beide verkehren in einem 10-Minuten-Intervall. Somit ist bereits jetzt im Sinne einer üblichen Kriterienbemessung und Standardbemessung für die Stadt Graz eine sehr gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln gegeben, die eine Linienumlegung, damit natürlich auch die Verschlechterung für andere Bereiche, eigentlich nicht rechtfertigt. Wir haben bekanntgegeben, ich habe trotzdem nochmals die Verkehrsplanung beauftragt, sich

Linienführungen durch die Lagergasse und über den Grieskai zu überlegen, da muss ich aber sofort dazu sagen, das wird nicht ohne Mehrkosten gehen. Denn das ist einfach, die Verlegung von Linien bedeutet einfach mehr Kilometer, die sich dann pro Jahr entsprechend summieren und wie Sie wissen, hat die Verkehrsplanung dafür, systematisch gesehen, kein Budget sondern da müsste dann eine Finanzierung gefunden werden. Es ist aber aus meiner Sicht und auch verglichen mit den Kriterien, die wir üblicherweise in der Stadt haben, tatsächlich eine gute Erschließung, sie ist eben im Abstand von 230 Metern gegeben. Selbstverständlich werden wir uns überlegen, wie man etwa die Wegweisung oder auch diese klare Zielvorgabe verbessern kann (*Applaus ÖVP*).

5) Wasser für die Straßenreinigung

GR. **Pogner** stellt an StRin. **Monogioudis** folgende Frage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! In den letzten Monaten hat uns immer wieder die Feinstaubdiskussion vehement beschäftigt, es ist sogar soweit gegangen, dass man von Landesseite eine Tempobeschränkung uns auferlegt hat, die ja dann, wie wir alle wissen, sehr erfolgreich war und überhaupt nicht gehalten hat. Und weitere Maßnahmen der Feinstaubbelastung sind dann auch immer wieder aufgekommen, da hat es dann geheißen, der Staub, der so herumliegt und das muss alles geregelt und gebessert und verbessert werden und da ist dann die Straßenreinigung ins Spiel gekommen und das bringt uns jetzt zum nächsten ökologischen Diskussionspunkt: Straßenreinigung Trinkwasser (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Namhafte Persönlichkeiten haben schon festgestellt, dass es in Zukunft immer wieder einmal sogar Kriege um das Wasser geben wird, und wir brauchen ungefähr 63 Millionen Liter Wasser für die Straßenreinigung. Und das Ganze jährlich. Seit vier Jahren betreibt die Stadt Graz eine Wiederaufbereitungsanlage, wo Wasser aus dem Mühlgang verwendet wird, das wird dann auf den Straßen aufgebracht. Das heißt aber, eine Wiederaufbereitungsanlage

die produziert ungefähr 20 Millionen Liter Wasser, der Rest, über 40 Millionen Liter Wasser, wird also aus Trinkwasserquellen verwendet. 40 Millionen Liter Wasser, das ist ganz eine schöne Menge. 40 Millionen Liter sind, wenn man sie in Literflaschen abfüllt und aneinander reiht, 12.000 Kilometer. 12.000 Kilometer Trinkwasser, das ist soviel wie der Erddurchmesser oder sogar noch mehr als vom Äquator bis zum Pol. Und ich vermisse in dieser Angelegenheit schon lange den grünen Aufschrei, die da ökologisch immer sehr massiv unterwegs sind, aber die haben wahrscheinlich damit zu tun, dass sie chinesischen Rasenteppich irgendwo in der Stadt ausbringen. Auch die zuständige Stadträtin ist meines Erachtens sehr säumig. Jetzt rinnt wieder unser Wasser in den Kanal hinunter und vielleicht wäre genau das die Problemlösung, nämlich unser Kanal. Unser Kanal, das heißt, in Gössendorf wird das Wasser gesammelt und gereinigt. Zu 98 % gereinigtes Wasser rinnen da täglich wieder zurück in die Mur und das wäre vielleicht ein Problemlösungsansatz, das gereinigte Wasser nicht alles zurück in die Mur rinnen zu lassen, sondern vielleicht mit einer Brauchwasserleitung entlang dem Murufer bis nach Andritz zu pumpen mit Entnahmestellen unterwegs, das kostet nicht die Welt und das wäre eine ökologisch sinnvolle Maßnahme, oder was ja auch schon lange einmal schon angesprochen war, was ist mit einer zweiten Entnahmestelle, was ist mit der zweiten Brauchwasserentnahmestelle, Frau Stadträtin?

Und daher stelle ich an Sie die

F r a g e :

Bis wann gedenken Sie, geeignete, nachhaltige Maßnahmen zum Umweltschutz im Bereich der Straßenreinigung zu setzen (*Applaus ÖVP*)?

StRin. **Monogioudis:** Herr Gemeinderat, ich bin ganz ehrlich sehr froh über diese Anfrage, weil ich denke, das sind Themen, die doch alle hier im Gemeinderat anwesenden Kolleginnen und Kollegen wahrscheinlich interessieren werden und es ist vielleicht ganz gut, wenn man bei dieser Gelegenheit auch ein bisschen zusätzliche Informationen bekommt. Bevor ich aber auf den Kern Ihrer eigentlichen

Anfrage komme, möchte ich zu dem von Ihnen eingangs erwähnten Zusammenhang Straßenwaschen, Feinstaubdiskussion kommen. Das Straßenwaschen, wie es die Wirtschaftsbetriebe praktizieren, das ist eine Maßnahme im Sinne der Straßenreinigung, also das heißt, das ist keine Maßnahme, die wir jetzt primär als Feinstaubverhinderung sehen würden. Am leichtesten lassen sich diese Verunreinigungen übrigens entfernen, wenn sie vom Regen aufgeweicht sind, was dann manchmal zu komischen Reaktionen führt, weil viele Bürger und Bürgerinnen das nicht wissen und sich dann über diese Vorgangsweise wundern. Aber, Herr Gemeinderat, ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie sagen, dass es im Zuge der Feinstaubdiskussion unzählige gute Ratschläge gibt und dazu gehört eben auch der Vorschlag, doch den Feinstaub mit Waschen der Straßen zu begegnen. Was das Waschen der Straßen jetzt als Feinstaubbekämpfungsmaßnahme betrifft, so sind sich die meisten Experten darüber einig, dass diese Maßnahme nicht den erhofften Erfolg bringen kann. Ich möchte Ihnen nur ganz kurz ein paar Beispiele bringen. Man hat im Vorjahr in Göttingen solche Tests durchgeführt, das Resümee war, dass Waschen der Straßen hat keinen merklichen Einfluss auf die lokale Feinstaubkonzentration. Ebenso sagen Experten vom Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland, dass diese Maßnahme eben sehr angezweifelt werden muss, auch in der Stellungnahme des deutschen Sachverständigenrates für Umweltfragen wird Straßenbewässerung als Scheinlösung bezeichnet, die keine akzeptable Reaktion auf die hohen Feinstaubkonzentrationen darstellt. Dazu muss auch gesagt werden, dass bei uns, in der Regel haben wir ja Winter, heuer hatten wir andere Temperaturen, also das bei uns das Straßenwaschen im Winter, also in Zeiten der hauptsächlich sogenannten Feinstaubsaison auf Grund der Temperaturen, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt möglich wäre. Damit komme ich aber jetzt zu Ihrer eigenen Frage in Punkto Entnahmestelle. Derzeit existiert, wie Sie auch erwähnen, eine Entnahmestelle für Wasser aus dem Mühlgang, die bereits einen erheblichen Bedarf an Waschwasser für die Straßen abdeckt. Dies ist vor allem deshalb möglich, weil sich diese Entnahmestelle unmittelbar im Werksgelände der Wirtschaftsbetriebe befindet und daher rund um die Uhr zugänglich ist. Also bekanntlich werden ja Straßen hauptsächlich in der Nacht gewaschen. Im Rahmen einer Studie wurden weitere technisch mögliche Stellen für eine Wasserentnahme entlang des Mühlgangs auf Realisierbarkeit geprüft und es wäre möglich, weitere Entnahmestellen zu installieren. Ein Problem sind die erheblichen Investitionskosten

für solche Entnahmestellen. Sie, Herr Gemeinderat, Sie sind ja Mitglied im Verwaltungsausschuss der Wirtschaftsbetriebe, Sie wissen daher auch über die budgetäre Situation Bescheid, das ist aber nicht das einzige Problem. Es wäre auch natürlich mit massiven Anrainerprotesten zu rechnen, weil es sicher zu Problemen käme, diese Entnahmestellen, also wir müssten natürlich in der Nacht dort Wasser holen können, sonst würde es keinen Sinn machen und die... also die Zeit, in der sich das amortisieren würde, wäre sonst wesentlich länger und das würde sich nicht lohnen, also das heißt, die Pumpen, die sind eine erhebliche Lärmquelle. Das kann daher nicht irgendwo installiert werden, wo im Umkreis dann Anrainer wohnen. Wenn wir eine solche Stelle finden, wo das anders aussieht von dieser Situation her, dann kann man natürlich diesen Punkt anders sehen. Das heißt, die Realisierung solcher weiterer Entnahmestellen wurde deshalb bis dato verschoben. Das hat allerdings noch einen weiteren Grund. Durch die Wasserentnahme der Wirtschaftsbetriebe bei Hydranten werden separate Spülfahrten durch die Wasserwerke eingespart, was sowohl ökologisch wie ökonomisch sinnvoll ist. Diese Spülungen der Hydranten werden nämlich erforderlich, würden die Wirtschaftsbetriebe aus diesen kein Wasser entnehmen. Die Logistik der Hydrantenspülung ist seitens der Wirtschaftsbetriebe mit den Wasserwerken akkordiert. Es gibt eben den Kontakt mit den Wasserwerken und sobald aus Gründen der Wasserknappheit oder sonstigen Gründen, also wenn die Wasserwerke zum Beispiel das Wasser anderweitig brauchen würden, sobald es notwendig wäre, könnten kurzfristig weitere Entnahmestellen realisiert werden. In der derzeitigen Situation macht es Sinn, weiterhin bei den mit den Wasserwerken akkordierten Hydranten Wasser zu entnehmen. Über eine Sinnhaftigkeit und Realisierungsmöglichkeit der anderen von Ihnen erwähnten Lösungsmöglichkeit, also nämlich ausgehend vom Klärwerk entlang der Mur bis nach Andritz so eine Brauchwasserleitung zu installieren, dazu kann natürlich von Seiten der Wirtschaftsbetriebe nicht gesagt werden, weil das würde in eine andere Kompetenz fallen, also das würde dann das Kanalbauamt und oder die Stadtwerke betreffen und sollte vielleicht von diesen Stellen geklärt werden (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pogner**: Eine Zusatzfrage ergibt sich, wenn ich jetzt höre, dass also die Mittel fehlen, das ist ja ganz einfach, wir werden beim nächsten Mal den Herrn

Vizebürgermeister Ferk fragen, ob er nicht aus den Umweltmitteln für die Wirtschaftsbetriebe das eine oder andere Eurochen locker machen kann. Aber was jetzt wichtig ist für mich, wie lange muss der Bürger drauf warten, bis wirklich kein Trinkwasser mehr verschwendet wird?

StRin. **Monogioudis**: Ich glaube, das muss man auch ein bisschen anders sehen, als Sie das jetzt darzustellen versuchen. Es geht, wenn man das Thema Wasser als Ganzes nimmt, natürlich in erster Linie darum, dass wir wirklich einen rigorosen Grundwasserschutz betreiben und nicht, dass jetzt wir vom Hydranten ein Wasser holen, von dem Sie sagen, das ist eine Trinkwasserverschwendung, also ich würde doch da um einen etwas ganzheitlicheren Absatz ersuchen, also ich habe nicht ein schlechtes Gefühl dabei, wenn wir diese sowohl ökonomisch sehr vertretbare Lösung, die aber auch für die Wasserwerke gewiss eigene Spülfahrten erspart, wenn wir diese Lösung noch eine Weile praktizieren (*Applaus KPÖ*).

6) Planungsarbeiten zu Ausbauprojekten des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: An unseren Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüsch. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Erfreulicher Weise konnten beziehungsweise können in dieser noch laufenden Gemeinderatsperiode drei große Ausbauprojekte für den schienengebundenen Grazer öffentlichen Verkehr realisiert werden: die Verlängerungen der Linien 4, 5 und 6. Die Planung und rechtliche Vorbereitung dieser Projekte reichen weit in frühere Gemeinderatsperioden zurück. So sehr es erfreulich ist, dass nunmehr diese Straßenbahnverlängerungen realisiert werden, so sehr gebührt der Dank auch den Handelnden und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in früheren Gemeinderatsperioden, die diese Projekte in der Planung vorangetrieben haben.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e:

Welche Ausbauprojekte des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs wurden in deiner Verantwortung so vorbereitet, dass eine Realisierung in der nächsten Gemeinderatsperiode machbar ist (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Günter! Im Sinne des diesbezüglichen vom Gemeinderatsausschuss für Stadt-, Verkehrs- und Grünraumplanung zur Kenntnis genommenen Informationsberichtes vom 18. 10. 2006 betreffend Straßenbahn zweite Ausbaustufe, das ist die nächste Nachvollendung der Nahverkehrsknoten der Linie 4, 5 und 6 mit den dazugehörigen Einrichtungen wurde seitens der Verkehrsplanung die Erstellung einer Prioritätenreihung in Auftrag gegeben mit dem Ziel, diese noch vor dem Sommer 2007 dem zuständigen Gemeinderatsausschuss, es wird wahrscheinlich in der Sitzung am 27. 6. 2007 sein, vorzulegen. Und zwar wird die Präsentation durch das damit beauftragte Büro Hüssler erfolgen.

Dr. **Getzinger**: Vielen Dank, Herr Stadtrat, mir ist das selbstverständlich als Mitglied dieses Ausschusses bekannt, beantwortet aber meine Frage natürlich in keiner Weise und du weißt das so gut wie ich. Prioritätenreihungen für den Ausbau beispielsweise des öffentlichen Verkehrs sind die Bedingung der Möglichkeit für Planungen, für das In-Auftrag-Geben von Planungen, nämlich Detailplanungen und Einreichplanungen, das ist der entscheidende Punkt, wo es dann wirklich darum geht, welche Projekte man realisiert. Basierend auf diese Aussage möchte ich meine Frage präzisieren, welche Ausbauprojekte des Schienenverkehrs werden wir in der nächsten Gemeinderatsperiode in die Realisierung bringen, aufbauend auf Planungen, die du in Auftrag gegeben hast (*Applaus SPÖ*)?

Dr. **Rüsch**: Aus meiner Sicht am liebsten das gesamte Paket, das wir vorgelegt haben, mit 500 Millionen Euro. Aber diese Entscheidung hängt nicht von mir alleine ab, das was ich dazu beitragen kann, erfolgt in Form der Planung, das wird vorgelegt, danach sind Gemeinderatsbeschlüsse erforderlich und diese Gemeinderatsbeschlüsse können entweder Grundsatzbeschlüsse sein ohne Finanzierung oder sie sind Gemeinderatsbeschlüsse mit Finanzierung. Bekannt ist jedenfalls, dass in der außerordentlichen Gebarung in den 175 Millionen Euro Umschichtungen erfolgen müssten, wenn bis 2010 jedenfalls Kosten daraus anfallen. Wir werden uns darüber unterhalten müssen, aber ich denke, der erste, der vernünftige, erste und wichtige Schritt ist, dass wir uns im Ausschuss klar werden, aus welchen Projekten die zweite Ausbaustufe sich zusammensetzen soll und da sind wir voll im Fahrplan.

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

7) Papierloser Gemeinderat

GR. Mag. **Fuchs** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

Mag. **Fuchs**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Als zuständiger Referent für die Abteilung Informationsmanagement wissen Sie, dass während der heutigen Sitzung des Gemeinderates an einem Informationsstand im Foyer über die so genannte „papierlose Gemeinderatssitzung“ informiert wird. Die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wurden erst vor wenigen Tagen, nämlich als Anhang zur Tagesordnung für die heutige Sitzung, darüber informiert.

Weder der Gemeinderat noch die Mitglieder des Ausschusses für Personal, Verfassung, Organisation, EDV, europäische Integration und Menschenrechte, um den vollständigen Titel zu nennen, wurden über die Existenz eines solchen Projekts in Kenntnis gesetzt. Dementsprechend vielfältig sind auch die Fragen, die das Informationsblatt aufwirft, das uns übermittelt wurde.

- Wer hat die Planung und Umsetzung der „papierlosen Gemeinderatssitzung“ in Auftrag gegeben und warum wurde der Ausschuss darüber nicht informiert?
- Wie hoch waren bisher die damit verbundenen Kosten und welche Investitionen sind noch geplant?
- Wie sinnvoll ist es, ein solches Unterfangen so kurz vor Ablauf der Gemeinderatsperiode zu starten?
- Die Steckdosen habe ich gesehen, wurden inzwischen installiert.
- Im Gegensatz zum Steiermärkischen Landtag allerdings, der allen Abgeordneten einen normierten Laptop zur Verfügung stellt, muss die „papierlose Gemeinderatssitzung“ mit unterschiedlichen Betriebssystemen und Softwarestandards zurechtkommen. Wurde bei der Konzeption ein bestimmtes Betriebssystem bevorzugt, wie das bei der bisherigen Lösung, nämlich dem „öffentlichen Ordner“ über eine Microsoft-Schnittstelle, der Fall war?
- Wie viele Computer können mit der derzeitigen Ausstattung gleichzeitig auf das Magistratsnetz zugreifen?
- Gibt es Pläne, in allen Gebäuden, in denen Ausschüsse des Gemeinderates tagen, via WLAN Zugang zu den Gemeinderatsstücken zu geben? Falls ja: wie hoch werden die Kosten dafür sein? Falls nein: Welchen Sinn hat die „papierlose Gemeinderatssitzung“, wenn die Stücke im Sitzungssaal allen zur Verfügung stehen, aber nicht während der Ausschusssitzungen, die ja bekanntlich an den unterschiedlichsten Orten in Graz stattfinden und deshalb nicht ohne Papier auskommen können?

Aufgrund meines Informationsdefizits richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Halten Sie die Einführung der „papierlosen Gemeinderatssitzung“ zum jetzigen Zeitpunkt wirklich für sinnvoll und entspricht sie den Maßgaben der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Transparenz (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, ich bin Ihnen wirklich dankbar, dass Sie mir durch Ihre Frage die Gelegenheit geben, an dem Tag, an dem das Bürgerservice online auch am Hauptplatz der Bevölkerung vorgestellt wird, auf eine wichtige, vom Informationsmanagement des Magistrates organisierte Neuerung einzugehen. Nicht nur eine, sondern viele fortschrittliche Neuerungen im Magistrat. Sie haben mit mir in den letzten Monaten sicherlich öfter beobachtet, dass Mitglieder des Gemeinderates die Gemeinderatssitzung bereits mit Ihrem Laptop besuchen. Nicht zuletzt deswegen habe ich vor wenigen Monaten die Abteilung Informationsmanagement beauftragt, eine kostengünstige Lösung zu finden, um den papierlosen Gemeinderat, der im Übrigen auch in vielen anderen Städten schon gang und gäbe ist, auch in der Stadt Graz möglich zu machen. Vor wenigen Wochen haben wir die heute auch im Foyer vorgestellte Lösung im Stadtsenat erprobt, ab heute kann dieses zusätzliche Service auch im Gemeinderatssaal in Anspruch genommen werden. Ich betone hier, dass es sich um ein zusätzliches Service handelt und um keine verpflichtende Umstellung. Es ist ein Service für die Mitglieder des Gemeinderates, die sich aus freien Stücken gerne der Informationstechnologie bedienen und damit auch helfen, Papier und Kosten einzusparen, aber es soll ganz bewusst kein Druck auf jene Mitglieder des Gemeinderates ausgeübt werden, die den neuen Medien eher skeptisch gegenüber stehen. Das Prinzip dieses neuen Service ist einfach. Durch die Installierung eines Funknetzes im Gemeinderatssitzungssaal sind sie bei entsprechender Berechtigung direkt mit dem Magistratsnetzwerk verbunden. Grundsätzlich kann so jeder andere ohne Kabelverbindung in das Internet einsteigen. Die Mitglieder des Gemeinderates haben zusätzlich die Möglichkeit, über einen eigenen Zugang die Tagesordnung für den Gemeinderat und die entsprechenden Stücke einzusehen, man braucht es relativ einfach nur anklicken, dann geht das Stück auf und man kann schon wieder weiterarbeiten. Der gleichzeitige Zugriff auf das Netzwerk ist zahlenmäßig unbegrenzt, das heißt jeder Laptop, der hier herinnen aufgestellt wird, kann dann

darauf zugreifen. Der bislang bestehende Zugang über den öffentlichen Ordner im Outlook steht auf Grund der Einführung neuer Softwareversionen nur mehr begrenzte Zeit zur Verfügung, dieses System ist derzeit vom Stadtsenatssitzungssaal durchgehend bis zum Gemeinderatssitzungssaal eingerichtet und soll auf weitere Räume im Rathaus ausgeweitet werden, das heißt, auch für die Ausschüsse verwendbar. Die Stromversorgung für die Laptops ist mit heutigem Tage auch gegeben, unter Ihren Pulten finden Sie für jedes Gemeinderatsmitglied eine Steckdose. Der Laptop selbst braucht gewisse technische Voraussetzungen und diesbezüglich erfolgt die individuelle Beratung im Laufe der Gemeinderatssitzung, sie kann auch in den nächsten Tagen und Wochen über die Helpline 872/2424 eingeholt werden. Grundsätzlich kann mit jedem halbwegs modernen Laptop der Zugang sofort hergestellt werden, ältere Geräte müssen allenfalls auf eigene Kosten aufgerüstet werden, wobei das Informationsmanagement bei der Beschaffung gerne behilflich ist. Damit nochmals zu den Kosten. Wir stellen eine Lösung für interessierte Gemeinderatsmitglieder zur Verfügung, die einfach kostengünstig, aber zweckmäßig ist. Ein Ankauf von Laptops für alle Gemeinderatsmitglieder erfolgt nicht, nur aus den von Ihnen erwähnten Erwägungen nicht, dass die Gemeinderatsperiode ja dem Ende zugeht, sondern auch auf Grund der Tatsache, dass wir die Nutzung des Systems nicht verbindlich wie im Landtag, sondern nur als Service für Interessierte möglich machen wollen. Im Gegensatz zu den mehrere Hunderttausende teuren Projekten des Landtages, das zugegebenermaßen auch mehr Möglichkeiten bietet, deren Bedarf unsererseits aber nicht gegeben scheint, hat unser Projekt bislang 17.400 Euro gekostet. Diese Kosten setzen sich zusammen aus dem Ausbau des Funknetzes und der Softwarekosten. Durch die Verwendung von Microsoft Standardsoftware sind ansonsten keine Zusatzkosten im Informationsmanagement entstanden. Zur Frage, warum der Ausschuss nicht informiert wurde, kann ich nur mitteilen, dass auf Grund der geringen Kosten des Projektes keine Zuständigkeit des Gemeinderates gegeben war und daher auch kein vorberatender Ausschuss zu befassen war (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Fuchs**. Ich bedanke mich für die Beantwortung. Möchte nur trotzdem, keine Zusatzfrage, möchte nur trotzdem anmerken, dass ich es für richtig gefunden hätte, den Ausschuss zumindest zu informieren (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.05 Uhr den Vorsitz.

8) Pongratz-Gründe

GR. Mag. **Candussi** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Ich mache mit Blick auf die Uhr die Frage relativ kurz. Die Causa Pongratzgründe ist bekannt, der Verwaltungsgerichtshof hat die dortige Widmung vor mehreren Jahren aufgehoben und ganz knapp die

Frage:

Was hat dieses VwGH-Urteil für Folgen für die Stadt Graz. Ich weiß, ich hätte die Frage auch an deinen Kollegen Miedl richten können, mich hat jetzt weniger die rechtliche Geschichte interessiert, sondern was widmungstechnisch möglicherweise für Auswirkungen hat und deshalb haben wir ganz bewusst die Frage an dich gerichtet.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Zunächst einmal haben wir über die Konsequenzen schon berichtet, wir haben im Ausschuss berichtet. Es geht ja um im Grüngürtel ausgewiesenes Bauland und die Aufhebung des Verfassungsgerichtshofes ist nach meiner Sicht, und das haben wir ja auch gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt im Ausschuss dargelegt, von einer sehr grundlegenden Thematik. Der

Verfassungsgerichtshof hat ja nicht gesagt, was wir tun sollen, sondern er hat nur gesagt, 10.000 Quadratmeter im Grüngürtel sind zu viel und wir sollen eine neue Lösung finden, die besser mit dem Stadtentwicklungskonzept zusammenpasst und das tun wir selbstverständlich. Es war aber der Vorschlag, und das ist aber auch bekannt gemacht worden und müsste auch dir bekannt sein, dass wir bei der nächsten Revision die grundsätzliche Diskussion darüber führen werden. Ich bekenne mich dazu, dass ich die Überlagerung und das Vermischen von Bauland und Grüngürtel für nicht sehr glücklich halte. Ich denke, dass hier einfach eine Klarstellung erfolgen sollte. Wir haben ja das Problem, dass der Grüngürtel über damals schon bestehendes Bauland gestülpt wurde und wir damit immer wieder die Problematik haben, dass im Grüngürtel ganz legal und nach dem Flächenwidmungsplan und auch nach dem Stadtentwicklungskonzept in Ordnung ist und auch gemacht werden darf. Ich glaube, das ist eine schlechte Lösung, ich hoffe, dass wir hier zu einer besseren Lösung kommen und deshalb eben der Vorschlag, das bei der Revision zu bearbeiten. Damit wir mit diesem Rechtsstandpunkt auch tatsächlich auf der richtigen Seite liegen, haben wir die Bau- und Anlagenbehörde gebeten, diesen Standpunkt zu prüfen. Es ist auch noch eine weitere Frage weitergegeben worden zur Prüfung und zwar gibt es ja eine Entschädigungsforderung von Herrn Pongratz und diese ist abgelehnt worden vom Land mit dem Hinweis, dass eben noch keine Widmung erfolgt ist. Wir möchten gerne unsere Vorgangsweise eben bei der nächsten Revision das zu klären, auch in Bezug auf diese Entschädigungsforderung prüfen lassen. Die Prüfung ist noch im Gange, wir haben noch kein Ergebnis.

Mag. **Candussi**: Was schwebt dir vor als Ziel für die Revision? Eine Verringerung der Baulandfläche, Teilung des Grundstückes oder komplette Aufhebung beziehungsweise denkt man auch an die Möglichkeit, sollte es Freiland werden, anstelle einer Entschädigung auch anzukaufen seitens der Stadt? Ich denke mir, es wäre in der Lage unter Umständen auch als öffentliches Grün eine sinnvolle Nutzung denkbar.

Dr. **Rüsch**: Also aus meiner Sicht sind gerade die Pongratzgründe an und für sich ein Beispiel, wo ich mir eine Bebauung sehr gut vorstellen kann und zwar einfach aus dem Grund, das Grundstück liegt de facto direkt an der Waltendorfer Hauptstraße, es ist mit öffentlichen Verkehr erschlossen. Ich sehe hier für die Pongratzgründe viel bessere Voraussetzungen für die Verbauung als für viele andere Baugebiete, die nicht im Grüngürtel sind, aber die Pongratzgründe liegen eben im Grüngürtel und das wird eben die Frage sein. Ich glaube wir müssen bezüglich der Verbauung auch neue Kriterien berücksichtigen, das ist jedenfalls meine Vorstellung und ich finde, dass zum Beispiel die Ausstattung mit öffentlichem Verkehr, und zwar mit einem Leistungsfähigen öffentlichen Verkehr, also zumindest Viertelstundentakt, mit ein Kriterium sein sollte und wenn man danach den Flächenwidmungsplan durchgeht, dann findet man Baugebiete, die wie gesagt, nicht im Grüngürtel sind, die diese Eignung nicht haben und sieht auf der andern Seite Baugebiete, die im Grüngürtel sind und diese Eignung an und für sich haben, Pongratzgründe sind ein derartiges Beispiel und meine Überlegung ist die, dass wir die Diskussion in diese Richtung beginnen und dann eben auch zu einer ehrlichen Abgrenzung des Grüngürtels aber auch des Baulandes kommen. Das heißt jedenfalls nicht, grundsätzlich mehr oder weniger Bauland, sondern das noch einmal prüfen und dann aber Bauland sehr sauber vom Grüngürtel zu trennen und im Grüngürtel dann so, wie das das Land auch mit den Grünzonen gemacht hat, jedenfalls von Ausweitung bestehender landwirtschaftlicher Gebäude keine weitere Bautätigkeit zu ermöglichen.

9) Verkehrssituation Lindweg

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Gerhard! Das war ja bereits im Gemeinderat diese Verkehrssituation am Lindweg und du weißt daher, wie die Anrainer und Anrainerinnen dort an der Verkehrsüberlastung leiden, weil der Lindweg als Verbindung der Bergmannsgasse mit der Körblergasse vor allem in Stoßzeiten stark frequentiert ist, als Schleichweg benützt wird, die Tempo 30-Zone

wird meist ignoriert und der Lindweg weist ja zum Teil nur eine Fahrbahn auf und die wird aber trotzdem auch von Lkw befahren, was natürlich immer wieder zu schwierigen und auch durchaus gefährlichen Situationen führt, da es nach wie vor keine Einbahnregelung gibt.

Du hast das im Jänner, ich glaube es war die Kollegin Felbinger, die diese Anfrage gestellt hat, gesagt bei deiner Beantwortung beziehungsweise darauf hingewiesen, wie schwierig dort die Situation ist und wie schwierig es auch ist, dort eine Lösung zu finden, die Anrainer aber leiden natürlich nach wie vor unter der extremen Belastung und es hat sich seit der letzten Behandlung im Gemeinderat nichts geändert.

Namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e

ob bisher bereits konkrete Schritte zur Entlastung der Anrainer am Lindweg gesetzt wurden beziehungsweise wann die Anrainer mit einer für sie auch spürbaren positiven Veränderung rechnen können?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich danke, ich erinnere mich an die Frage. Ich hoffe, du erinnerst dich auch an die Antwort von mir.

Mag. **Uray-Frick**: Ein bisschen schon, die war mir eben nicht wirklich zufriedenstellend.

Dr. **Rüsch**: Die Antwort ist, der Lindweg ist eine völlig neu ausgebaute Straße, die selbstverständlich zwei Fahrspuren hat, die auch einen durchgehenden Gehsteig hat auf der einen Seite neu und die damit aus unserer Sicht für eine Einbahnregelung

nicht in Frage kommt und das habe ich das letzte Mal auch gesagt. Die Begründung ist einfach die, dass mit einer Einbahnregelung es zur Verlagerung kommt selbstverständlich, im Gegenzug müssen dann andere Straßen, die schmaler sind jedenfalls, benützt werden und zum Zweiten führt eine Einbahnregelung in aller Regel zu einer Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit von den Autos, die da durchfahren. Das heißt, ich habe damals schon gesagt, dass aus diesem Grund wir eine Einbahnregelung ablehnen. Ich denke auch, dass die Situation im Lindweg für Grazer Verhältnisse jedenfalls eine relativ gute ist. Ich würde Folgendes vorschlagen, vielleicht zur Vermeidung auch oder einfach zur Aufklärung, ich lade alle vom Gemeinderatsklub, die glauben oder die sich dafür interessieren, zu einer Begehung des Lindweges ein und dann schauen wir uns das vor Ort an. Ich kann nur sagen, wenn dann gerade auch die Nebenstraßen angesehen werden, dann ist das eine relativ gute Straße. Ich weiß schon, es gibt dort einige sehr aktive Bürger und wir haben mit denen natürlich auch gesprochen und wir werden mit denen auch weiterverhandeln, wir sind zu dem Gespräch durchaus bereit. Aber auf der andere Seite sollte man schon klar sehen, hier liegt keine Nichtaktivität vor, sondern es liegt ein klarer Standpunkt vor von unserer Seite. Das, was wir zugesagt haben, zu prüfen, das ist auch im Gange, dass wir uns eine Rechtsabbiegeverbot von der Heinrichstraße in die Mozartgasse überlegen, das würde nämlich bedeuten, dass dieses gesamte Wohnviertel an der Körblergasse eben aus Richtung Westen in den Norden nicht mehr durchfahren werden kann, dazu muss aber die Kreuzung am Geidorfplatz genau überlegt werden, denn dort entsteht natürlich zusätzlicher Verkehr und ist auch eine sehr, sehr belastete Straße, das haben wir zugesagt, diese Untersuchung ist auch im Gange und sobald das Ergebnis vorliegt, werden wir auch darüber berichten, aber wie gesagt, ich lade sonst gerne auch die Kollegin von der KPÖ, die das letzte Mal gefragt hat, zu einer Besichtigung im Lindweg ein (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Uray-Frick**: Ich brauche den Lindweg nicht besichtigen, ich kenne die Gegend dort sehr gut. Und ich habe auch nicht gefragt, ob du bereit bist, eine Einbahnregelung dort zu machen, denn ich kann mich sehr gut erinnern, dass du gesagt hast, das ist keine Lösung, weil der Verkehr sich verlagert. Es gibt ja auch

andere Lösungen oder kreativere Lösungen, es ist zum Beispiel das, was du jetzt angedacht hast, durchaus denkbar und meine Frage ist, ob auch eine Möglichkeit überlegt wird, zumindest ein Fahrverbot für Lastwagen zu machen, weil es ist schon, auch wenn ein Gehsteig ist, es sind viele Jungfamilien dort, es kommt schon sehr oft, gerade wenn Lastwägen durchfahren, zu gefährlichen Verkehrssituationen, weil es dann schon sehr eng ist.

Dr. **Rüsch**: Wir werden jedenfalls eine Zählung veranlassen für die Lkw, um auch dafür eine Grundlage zu haben, wie stark die Belastung tatsächlich objektiv ist, das kann ich gerne zusagen, als erster Schritt (*Applaus ÖVP*).

10) Frauengesundheitsförderung

GR. Mag. Dr. **Sprachmann** stellt an StRin. **Monogioudis** folgende Frage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Wie uns allen hier bewusst ist, leben wir in einer Zeit, in der Menschen immer älter werden und zusätzlich noch eine Chance haben, gesund älter zu werden.

Dies ist in Anbetracht von Stresssituationen im Beruf, im Alltag und bei der Problematik der schwierigen Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht immer so einfach. Dementsprechend ist bei der Gesundheitsförderung schon sehr früh anzusetzen.

Frauen haben andere gesundheitliche Probleme als Männer, sie sind dementsprechend auch gegenüber anderen Krankheiten anfälliger.

Der Gesundheitsbericht, welchen Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl im Jahr 1997 in Auftrag gegeben hat, zeigt, dass es bei der Frauengesundheit nicht um die rein körperlich medizinischen Faktoren geht, sondern auch um die gesellschaftlichen

und sozialen Einflüsse, um die Wohnsituation, die berufliche Belastung und vieles mehr.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e:

„Welche Maßnahmen haben Sie im Bereich Gesundheitsförderung für Frauen in Ihrer Amtsperiode gesetzt, die nicht vor Ihrer Zeit begonnen wurden.“ (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Monogioudis:** Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Gesundheitsförderung ist, wie Sie sagen, ein ganz wichtiger Bereich des Gesundheitssystems, der allein schon auf Grund der demografischen Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnt. Dass dem so ist, das beweist das wachsende Angebot im Bereich der Gesundheit, der Fitness beziehungsweise Wellness sowie die täglichen Publikationen in den Medien zu diesem Thema. Dieser Entwicklung hat sich selbstverständlich auch das Grazer Gesundheitsamt nicht verschlossen, es bietet in diesem Zusammenhang Veranstaltungen sowie Kurse, wie zum Beispiel im Bereich der Ernährungsberatung, an und beteiligt sich an Aktivitäten von bestehenden Einrichtungen wie dem Netzwerk Gesunde Städte Österreichs. Mit Ihrer Frage fordern Sie, dass das Gesundheitsamt ein eigenes gesundheitsförderndes Angebot speziell für Frauen hätte entwickeln sollen. Da möchte ich Sie auf zwei Dinge hinweisen, das eine ist eben die Aufteilung laut Produktkatalog und das Zweite ist die Budgetsituation, in der sich das Gesundheitsamt befindet. Was jetzt die Aufteilung laut Produktkatalog betrifft, es heißt, Frauenförderung unter Berücksichtigung der Förderung der Gesundheit ist laut Produkt 61115 dem Amt für Jugend und Familie zugeordnet. Also das heißt, das steht so drinnen. Ich will mich aber jetzt nicht speziell auf Zuständigkeiten nur ausreden, nur Sie wissen, dass es gerade in Jahren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wo man jedes Jahr mit Budgetkürzungen leben muss, sehr, sehr schwierig ist, neue Projekte zu realisieren und auf die Beine zu stellen. Das heißt aber nicht, dass das für mich kein wichtiges Thema ist und wir auch besonders auf Genderperspektive achten. Das

Gesundheitsamt nahm und nimmt, auch wenn es jetzt nicht die von Ihnen jetzt speziell geforderten speziellen Frauengesundheitsprojekte in Angriff genommen hat, nimmt in seiner Arbeit zahlreiche Veränderungen vor, in denen der Focus speziell auf Frauen gerichtet wurde. Beispielsweise wurde vor zwei Jahren im Rahmen des Gesundheitsforums ein Arbeitskreis zum Thema Pränataldiagnostik eingerichtet, der jene, die mit dieser Problematik konfrontiert sind, an einen Tisch bringt und dabei primär die Interessen von schwangeren Frauen verfolgt. Weiters möchte ich darauf hinweisen, dass Förderungen für frauenspezifische Einrichtungen während dieser Funktionsperiode bis inklusive 2006 nicht gekürzt, obwohl das sehr, sehr schwierig war, nicht gekürzt, sondern teilweise sogar erhöht wurden. Auch haben neue Projekte, wie beispielsweise eine neue Frauenselbsthilfegruppe, heuer die Chance, erstmals gefördert zu werden. Weiters hat das Gesundheitsamt im Vorjahr sein Leistungsangebot der Gesundheitsstelle für Sexarbeiterinnen verbessert, eine Sozialarbeiterin sorgt dafür, dass eine qualifizierte sozialarbeiterische Beratung beziehungsweise Beratungsvermittlung stattfinden kann. Das sind alles Maßnahmen, die sehr konkrete und praktische Hilfen darstellen, die eben in bestimmten Bereichen unmittelbar betroffenen Frauen zugute kommen. Ich möchte aber zu dem, was Sie eingangs gesagt haben, noch hinzufügen, dass es natürlich so ist, dass bei allen Debatten um Gesundheitsförderung und Prävention man leicht einen bestimmenden Faktor übersehen kann, nämlich den sozialen Aspekt. Befriedigende berufliche Aufgaben, ein gesichertes Einkommen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), eine gesunde Umwelt, geglückte soziale Beziehungen, also das sind alles Dinge, die sich natürlich sehr viel stärker noch auswirken als vieles, was man eben da vielleicht vermuten würde. Also, wenn man Arbeitsplätze schaffen kann und bestehende sichern, für gerechte Einkommensverhältnisse sorgen und soziale Abgrenzung abbauen, dann schafft man, glaube ich, die besten Voraussetzungen für Gesundheitsförderung (*Applaus KPÖ*).

Dr. **Sprachmann**: Also ich denke mir, sehr geehrte Frau Stadträtin, ohne beleidigend zu sein, Sie haben irgendwie meine Frage falsch verstanden, ich habe nicht unbedingt gemeint Gesundheitsförderung, was hier im amtlichen Bereich praktiziert wird, was ja auch bereits vor Ihrer Periode auch durchgeführt worden ist

(Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke), sondern auch welche Projekte, welche Ansätze Sie im Bereich der Frauengesundheit insgesamt für die Stadt Graz für die Frauen der Stadt Graz gesetzt haben. Und ich denke mir, Sie sollten sich vielleicht mit diesem Thema auseinandersetzen. Meine Zusatzfrage wäre: Welche Maßnahmen beabsichtigten Sie noch in dieser Gemeinderatsperiode zu setzen, dass es effektiv zu einer Gesundheitsförderung für die Grazer Frauen kommt

StRin. **Monogioudis:** Frau Gemeinderätin, ich hätte mir sehr gewünscht, dass bei dem jeweiligen Budgetverhandlungen berücksichtigt werden würde, dass Gesundheit auch ein Bereich ist, wo nach Möglichkeit nicht gekürzt wird. Es gibt in dieser Stadt nur einige wenige Bereiche, wo eben das unstreitbar für alle feststeht, das sind ganz wichtige Bereiche, da kann man nur sagen, das ist wichtig und da darf man nicht kürzen, aber Gesundheit wäre auch so ein Bereich und wenn Sie jedes Jahr mit weniger Geld auskommen müssen, dann grenzt es an Zauberei, wenn man damit mehr machen, Sie sagen ja, neue, die nicht schon vorhanden waren, wenn man damit neue zusätzliche Projekte realisieren kann (*Applaus KPÖ*).